

## L1-Ä11 (erledigt) Wir machen MV mobil und fit für die Herausforderungen der Zukunft!

Antragsteller\*in: LaVo der GJ MV

Beschlussdatum: 20.09.2023

### Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 332 bis 347:

durchschnittlich geringsten Einkommen. Die Umstellung auf den CO2-neutralen Verkehr wird uns nicht gelingen, wenn nur Wohlhabende sich ~~die Anschaffung eines E-Autos leisten können. Wir sind der festen Überzeugung, dass es möglich ist, bis 2030 das gesamte Land an einen kostengünstigen öffentlichen Verkehr anzubinden und schadstoffarme Mobilität für jeden Menschen, egal wo er wohnt, zu ermöglichen. Deswegen wollen wir, dass das Land eine nachhaltige Mobilitätsgarantie gibt und endlich eine Erreichbarkeit für alle Menschen im Land sicherstellt. Alle Einwohner\*innen, deren Ortslagen zum 1.9.2030 immer noch nicht über eine mindestens stündliche Anbindung im öffentlichen Personennahverkehr oder Schienenpersonennahverkehr verfügen, sollen pro Haushalt eine einmalige Landesförderung in Höhe von 8.000 Euro für ein gebrauchtes E-Auto oder aber 10.000€ für ein E-Auto mit Neupreis jeweils unter 32.000€ gewährt werden soll. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, darf ein so geförderter PKW zwei Jahre nicht weiterverkauft werden. Eine Einkommensobergrenze für diese Förderung ist zu überlegen.~~ klimatefreundliche Mobilität leisten können. Wir sind der festen Überzeugung, dass es möglich ist, bis 2030 das gesamte Land an einen kostengünstigen öffentlichen Verkehr anzubinden und schadstoffarme Mobilität für jeden Menschen, egal wo er wohnt, zu ermöglichen. Deswegen wollen wir, dass das Land eine nachhaltige Mobilitätsgarantie gibt und endlich eine Erreichbarkeit für alle Menschen im Land sicherstellt. Bis zum 1.9.2030 müssen alle Ortslagen an den öffentlichen Verkehr angebinden und mindestens über eine halbstündliche Rufbus- und stündliche Busverbindung verfügen. Außerdem müssen alle Ortslagen mit baulich von Land- und Bundesstraßen getrennten Radwegen angebinden werden. Diese Mobilitätsgarantie soll rechtswverbindlich werden. Die nachhaltige Umgestaltung unseres öffentlichen und privaten Verkehrs darf nicht zulasten finanzschwacher Menschen gehen!

### Begründung

Die Verkehrswende darf nicht bei einer Antriebswende stehen bleiben. Mobilität muss allen ermöglicht werden und damit nicht nur denjenigen, die eine Fahrerlaubnis für Autos haben. Ein starker ÖPNV in der Fläche, der alle abholt, ist mit dem entsprechenden politischen Willen machbar. Eine unverbindliche Forderung nach etwas mehr ÖPNV in der Fläche und als Alternative einer Subvention für noch mehr Autos ist der falsche Weg.

### Unterstützer\*innen

Anna Mariella Pulvermüller (KV Vorpommern-Rügen)